

All in

Die SVP will im Oktober eine Initiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit lancieren

Von Samuel Tanner, Lausen

Die Einigkeit ist in der SVP so gross wie vielleicht in keiner anderen Partei, aber die Temperamente sind verschieden. Dass man mit einer neuen Initiative die Personenfreizügigkeit beseitigen will, war unbestritten – aber wann und wie genau? Das war das Problem an dem Samstag in der Mehrzweckhalle von Lausen. Der Vorstand wollte seine Delegierten dazu bringen, grundsätzlich Ja zu sagen, die genaue Formulierung aber noch offen zu lassen. Es geht in einer Initiative am Ende um rechtliche Nuancen. Und eine Delegiertenversammlung der SVP ist vieles, doch kein juristisches Seminar.

Eine Frau wie Carmen Bruss aber will «jetzt endlich Klartext reden» und «vorwärts machen». Bruss ist Delegierte der SVP Rheintal und präsent an jeder Parteiveranstaltung, die man sich denken kann. Sie sah, dass der Vorstand auf seinem Antrag bereits zwei mögliche Varianten notiert hatte, und so stand sie am Samstag ans Mikrofon und forderte, sich sofort für die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens zu entscheiden. Es gab Applaus, nachdem sie fertig

geredet hatte. Sie war die Stimme der «Jetzt langets»-Fraktion.

«Ich versteh diese Leute ja schon, die wollen sofort losseckeln», sagte Christoph Blocher, als alles vorbei war. «Das ist die Ohnmacht der Basis, die Ungeduld der Leute. Aber wir mussten die Ungeduld zurückhalten.» Die Parteileitung gewann am Ende, sie bekam ihren Grundsatzentscheid: Weil Blocher nach der Rede von Carmen Bruss und anderen aus ihrer Fraktion noch einmal die Bühne betreten und seine Partei zur Geduld gebracht hatte. Blocher sprach als Letzter – die Frage war zu wichtig, um die Rednerliste nicht sorgfältig zu komponieren.

Durchsetzungs-Initiative 2.0

Die SVP ist und bleibt frustriert darüber, wie das Parlament ihre Masseneinwanderungs-Initiative umgesetzt hat. Die neue Initiative, die die Personenfreizügigkeit beseitigen will, soll dem Parlament nun keine Wahl mehr lassen. Es ist eine Durchsetzungsinitiative 2.0, totaler Einsatz, all in. Gewinnt die SVP, gibt es keine Zweideutigkeiten mehr. Verliert die SVP, verliert sie gleichzeitig die Deutungshoheit in der Frage.

Die Parteileitung will die neue Initiative bis Ende Jahr lancieren, Christoph Blocher sagte am Rand der Veranstaltung: «Wir glauben sogar, dass wir bis Oktober so weit sind.» Bis im Herbst soll der Initiativtext gegen jede juristische Durchlässigkeit abgesichert sein.

Die aktuelle Aufstellung

Die Versammlung in Lausen zeigte vor allem, wie die Partei personell aufgestellt ist für ihren nächsten grossen Angriff. Parteipräsident Albert Rösti trat als Moderator auf. Christoph Blocher sass zwar nicht vorne auf der Bühne, hielt aber das wichtigste Referat, in dem er in einfachen Worten die grossen Linien zeichnete: «Es ist einer doch ein dumme Sieche, wenn er sagt: Ich bestimme jetzt nicht mehr selber. Das macht jetzt die Europäische Union!» Blocher überzog als Einziger seine Redezeit, sein Referat war ein heiteres Mäandern durch die politischen Steinbrüche der SVP. Ueli Maurer sass zwar vorne auf der Bühne, sagte aber während der ganzen Veranstaltung kein Wort. Manchmal regte er sich, wenn über den Bundesrat geschimpft wurde.

Nationalrat Marco Chiesa vertrat in seiner Rede das Tessin, das zu einer Art Labor der SVP geworden ist. Professor Reiner Eichenberger zeigte der Parteibasis, dass nicht alle Professoren so sind, wie sie sich Professoren vorstellen. Er lieferte den intellektuellen Überbau: «Personenfreizügigkeit in der EU-Definition funktioniert ökonomisch nicht.» Als Eichenberger fertig war, sagte Albert Rösti sinngemäss: Es tut gut, einen Professor zu hören, der es so sieht wie wir! Adrian Amstutz nahm den Heavy-Metal-Flügel am rechten Rand mit. Er sagte: «Die Einwanderer lösen riesige Folgekosten aus. 348 000 Wohnungen oder 400 Zahnärzte – wobei: Es werden eher noch mehr Zahnärzte sein. Die Einwanderer haben ja oft schlechte Zähne!» Grosser Applaus, Gelächter. Am Ende sprach Caspar Baader, der die zuständige Arbeitsgruppe leitet. Er war der Techniker der Politik, seine Wörter: Nettozuwanderung, Höchstzahlen, Lösungsvarianten.

Die Redner deckten alle Temperature ab, die es in der SVP gibt. Am Ende klatschte jeder und ging «aufmunitioniert mit neuen Fakten», wie gerne gesagt wird, nach Hause.

Nachrichten

Post-Chefin Ruoff verteidigt Filialabbau

Bern. Die Chefin der Schweizerischen Post, Susanne Ruoff, verteidigt in einem Interview mit der *Sonntags-Zeitung* ihre Pläne zum Abbau von Postfilialen und von zahlreichen Mitarbeiterstellen. «Von 1 729 439 ganzjährig bewohnten Häusern werden einzig 1133 Häuser oder 0,07 Prozent nicht über die ordentliche Zustellung bedient», sagte Ruoff. Zudem seien Bareinzahlungen in den ersten drei Monaten dieses Jahres so stark zurückgegangen wie noch nie. Überdies verschicke Kundschaft ohnehin immer weniger Briefe. SDA

Swiss Life verpasst Angestellten Aliasnamen

Zürich. Laut *Sonntags-Zeitung* arbeiten Call-Center-Mitarbeiter beim Versicherungskonzern Swiss Life unter Pseudonymen, weil ihre Namen nicht schweizerisch klingen. Den Angestellten würde demnach nahegelegt, sogenannte Aliasnamen für die Kommunikation zu verwenden. Laut Angaben des Unternehmens arbeiten mindestens neun Angestellte mit solchen Pseudonymen. Diese Praxis pflege der Versicherungskonzern seit 21 Jahren, weil die Kunden die anderen Namen besser verstünden. Mit einer Diskriminierung von Ausländern habe dieses Vorgehen nichts zu tun. SDA

NZZ expandiert nach Deutschland

Zürich. Die NZZ-Mediengruppe will nach einem gescheiterten Expansionsversuch in Österreich nun Leser auf dem deutschen Markt gewinnen. Das Zürcher Blatt plant laut *Sonntags-Blick* eine E-Paper-Version für Deutschland. Vom Design her soll die elektronische Zeitung wie das Original aussehen – allerdings ohne Schweizer Inhalte. NZZ-intern würden bereits Probeversionen herumgeistern, und der Personalbestand sei aufgestockt worden. Die NZZ bestätigte die Meldung, nannte aber keinen Starttermin. SDA

Oberster Arzt wehrt sich gegen neue Tarifstruktur

Bern. Die geplante Korrektur der Tarife bei Ärzten findet in politischen Kreisen Anklang, wie die Eingaben aus der Vernehmlassung zeigen. Allerdings schlägt die Ärzteschaft in der *NZZ am Sonntag* zurück. So wehrt sich der oberste Schweizer Arzt, Jürg Schlup. Er habe das Gefühl, den Medizinern werde nunmehr die Rolle des Schwarzen Peters im Gesundheitswesen zugeschoben, sagte der Präsident der Ärztevereinigung FMH der Zeitung. Es liessen sich anderenorts viel effektiver sparen, so etwa, falls die ambulante und die stationäre Behandlung einheitlich finanziert werden würden. SDA

Bund will Zulassung für Pestizide verschärfen

Bern. Der Bund will laut einer Meldung der *Zentralschweiz am Sonntag* eine Liste mit Pflanzenschutzmitteln führen, die für den Heimgebrauch zugelassen sind. Es existierten zwar schon eine Menge Verbote für giftige Stoffe – eine Liste mit erlaubten Substanzen fehle allerdings bisher. Zudem solle die Zulassung von Giften für Hobbygärtner weiter verschärft werden. Hintergrund dieser Massnahmen ist, dass es Spuren giftiger Chemikalien in vielen Schweizer Gewässern gib. SDA

Strafverfahren gegen Zürcher Chefbeamten

Zürich. Der Zürcher Stadtrat Filippo Leutenegger stellte Urs Pauli, den Direktor von Entsorgung und Recycling Zürich, vor einem Monat frei und zeigte ihn wegen mangelnder Amtsführung an. Nun ermächtigte das Zürcher Obergericht laut *NZZ am Sonntag* die Staatsanwaltschaft, ein Strafverfahren einzuleiten. Ein Ermächtigungsscheid war nötig geworden, weil Pauli Chefbeamter war. Mit diesem Verfahren soll verhindert werden, dass unbegründete Strafanzeigen gegen Beamte zu Verfahren führen. SDA

Bundespolitiker bei den Galliern

In Arboldswil fühlen SVP-Exponenten vor der Delegiertenversammlung den Puls der Baselbieter Bevölkerung

Von Thomas Immoos, Arboldswil

Die Sonne im Gemeindegewapp von Arboldswil scheint wie geschaffen für einen Anlass der SVP, die ja das Sünneli in ihrem Logo trägt. Zu all dem strahlte auch noch die Sommersonne. Angesagt war ein ungezwungenes Treffen prominenter SVP-Mitglieder mit der Baselbieter Bevölkerung. Ein solcher Anlass findet traditionsgemäss vor einer Delegiertenversammlung der SVP Schweiz statt. Gespannt warteten am Freitagabend rund 200 SVP-Anhänger vor dem Mehrzweckgebäude in Arboldswil, an dem das erwähnte Dorfwappen prangt.

Alt Bundesrat Christoph Blocher fiel in seiner Begrüssung natürlich sofort auf, dass daneben auch die Europaflagge auf der Fassade zu sehen ist. Dafür fand er lobende Worte: «Die Schweiz befindet sich ja mitten in Europa», deshalb müsse man mit der EU auch stets im Gespräch bleiben – zum Wohle der Schweiz.

Den Zentralismus bekämpfen

Gemeindepräsident Johannes Sutter erwähnte die selbstbewusste Selbstständigkeit, die seine Gemeinde auszeichne. Man arbeite zwar in vielen Belangen mit den Nachbargemeinden zusammen. Aber man habe nach wie vor eine eigene Gemeindeverwaltung, um der Bevölkerung vor Ort die erforderlichen Dienstleistungen anbieten zu können. Seine Gemeinde wehre sich gegen zu viel Zentralismus, ob er nun aus Liestal, Bern oder Brüssel komme. Man bezeichne deshalb Arboldswil gerne als das berühmte Dorf der Gallier in den Asterix-Comics, das sich den Römern widersetze: «Wir sollten alle etwas mehr Gallier sein!»

Mit diesen beiden kurzen Ansprachen war denn auch der offizielle Teil bereits beendet. Schon bald scharte sich die Bevölkerung um die ihnen bekannten Politgrössen aus Bern. Stolz zeigte man sich gegenseitig Selfies mit Christoph Blocher, Parteipräsident Albert Rösti oder Fraktionschef Adrian Amstutz. Auch um den ehemaligen National- und Regierungsrat aus dem Kanton Wallis, Oskar Freysinger, bildete sich sofort eine Menschentraube. Gespannt lauschte man seinen Anekdoten aus der Politik. Zustimmendes Lachen war ihm sicher, wenn er humorige Seitenhiebe auf die politische Konkurrenz platzierte.

Benjamin Schweizer, Gemeinderat und SVP-Präsident von Arboldswil, freute sich über die prominenten Gäste: «Für unser kleines Dorf ist das eine grosse Ehre.» Lauschte man den Gesprächen mit den Politikern, so hörte man oft, dass die Bevölkerung diese ermunterte, den politischen Kurs gegen



«Direktes Feedback». Nationalrat Thomas De Courten und Parteipräsident Albert Rösti. Fotos Lucian Hunziker



Zum Wohle der Schweiz. Alt Bundesrat Christoph Blocher sagte, dass man mit der EU im Gespräch bleiben müsse.



Politikern aus Bern den Rücken stärken. Fraktionschef Adrian Amstutz im Gespräch.

den Rahmenvertrag mit der Europäischen Union fortzuführen. «Die Selbstständigkeit der Schweiz wird laufend unterhöhlt», empörte sich einer, der seinen Namen aber nicht in der Zeitung lesen möchte.

Nur nicht abheben

SVP-Nationalrat Thomas de Courten findet solche Anlässe eine gute Gelegenheit, «von der Bevölkerung ein sehr direktes Feedback» zu erhalten. Solche Kontakte bewahren einen

davor, abzuheben, sagte er. Die rund 15 Bundesparlamentarier hoben denn auch nicht ab, sondern setzten sich ungezwungen zu ihnen wildfremden Baselbieterinnen und Baselbietern und waren rasch in angeregte Gespräche vertieft. Die EU als «Verursacherin zahlloser, kaum nachvollziehbarer Gesetze» stand häufig im Mittelpunkt der Diskussionen. So gelte es unter anderem, die Verschärfung des Waffengesetzes abzulehnen, lautete der Tenor. Graubündner Nationalrätin und Unter-

nehmerin Magdalena Martullo-Blocher fand anerkennende Worte für ihre Baselbieter Ratskollegin Sandra Sollberger: «Ihr habt hier eine tüchtige und bodenständige Politikerin.» Adrian Bieli, Jung-SVPLer und Vizepräsident der SVP Laufen und Umgebung, wollte die Begegnung nutzen, um den Politikern aus Bern für ihren Kurs den Rücken zu stärken: «Sie stehen dafür ein, dass Steuern und Gebühren nicht weiter ansteigen und für die Unabhängigkeit der Schweiz.»